

Steinmeiers zweite Chance

Der neu-alte Aussenminister Deutschlands gilt im Gegensatz zu seinem Vorgänger Guido Westerwelle als «Realpolitiker».

Menschenrechte spielen in seinem Umgang mit Ländern wie Russland oder China eine untergeordnete Rolle. Das ist fatal. Von Wenzel Michalski

Viele Diplomaten im Auswärtigen Amt jublieren, weil Frank-Walter Steinmeier wieder ihr Minister ist. Unter seinem Vorgänger Guido Westerwelle war viel Nostalgisches über Steinmeiers erste Amtszeit zu hören, als das Ministerium noch von einem «Experten» geleitet wurde, der etwas bewegte. Damals seien die Beziehungen zu Russland ausgezeichnet gewesen, und es wurden lukrative Handelsverträge mit den Golfstaaten abgeschlossen. Nicht nur Diplomaten schauten mit glänzenden Augen zurück; auch Wirtschaftsvertreter, die ja traditionell CDU und FDP unterstützen, sehnten sich nach dem Sozialdemokraten zurück.

Einschmeicheln und wegschauen

Steinmeier hat eine beeindruckende Ausstrahlung. Seine ruhige und selbstsichere Art suggeriert Stabilität, Glaubwürdigkeit und Expertise. Doch für mutige Menschenrechtsverteidiger und Aktivisten weltweit wäre eine Wiederholung seiner ersten Amtszeit keine gute Nachricht. Betrachtet man die Zeit von 2005 bis 2009 sowie seine Stellungnahmen zu aussenpolitischen Themen seitdem, gibt es Grund zur Skepsis.

Steinmeier ist ein «Realpolitiker», während Westerwelle vorgab, eine «wertegeleitete» Aussenpolitik zu vertreten. Sicherlich war es für Westerwelle vor allem in den ersten beiden Jahren als Minister schwierig, eine klare Linie zu entwerfen und Worten Taten folgen zu lassen. Doch Westerwelle war bereit, anzuerkennen, dass Menschenrechte in der Aussenpolitik zentral sein sollten. Im Gegensatz dazu steht die Position der «Realpolitiker». Sie glauben, dass Repressionen durch autoritäre Regierungen uns nichts angehen und nur hinter verschlossenen Türen angesprochen werden sollten. Steinmeier hat in seiner ersten Amtszeit Putin für die «Stabilität» in Russland gelobt, obwohl diese auf Einschüchterung, unfairen Gerichtsverfahren und harten Strafen für Kritiker und politische Gegner beruht. «Realpolitiker» bezeichnen sich gern als «Realisten», die die Welt so sehen, wie sie ist – und nicht so, wie sie sein sollte. Zwar sind auch für sie Menschenrechtsverletzungen inakzeptabel; doch sehen sie Deutschlands Rolle nicht darin, Menschenrechtsvergehen international zu beenden. In Steinmeiers Antrittsrede im Dezember vor seinen Diplomaten kam das Wort «Menschenrechte» kein einziges Mal vor.

Die von der SPD entworfene und von FDP-Aussenminister Genscher übernommene «Ostpolitik» steht im engen Zusammenhang mit der «Realpolitik» und hat dementsprechend unter aussenpolitischen Experten in Deutschland Tradition. Doch gerade während der Proteste im Osten seit den späten siebziger Jahren wurden Demokratiebewegungen und Menschenrechtler hinter der Mauer fallengelassen, um die Herrscher nicht zu verärgern. Dies galt, als zwar mit Vertretern des

polnischen Regimes verhandelt, doch die Kontakte mit der Solidarnosc-Bewegung abgelehnt wurden. Der ehemalige DDR-Dissident Bundespräsident Joachim Gauck sagte, dass er immer noch enttäuscht sei, dass sich die SPD in den achtziger Jahren bei der SED einschmeichelte, aber keine Solidarität mit denjenigen zeigte, die Verhaftung und Folter riskierten, um sich für die Werte einzusetzen, die eigentlich auch westdeutsche Sozialdemokraten für sich beanspruchten. Am Ende ist die Mauer nicht deshalb gefallen, weil man freundlich mit dem Zwangsregime umgegangen ist. Grund waren Hunderttausende von friedlichen Demonstranten auf den Strassen der DDR und Gorbatschow, der ein Blutbad verhinderte.

Menschenrechte als Basis für Frieden

Steinmeier hat die Regierung in der Ukraine deutlich kritisiert, als sie die Unterdrückungspolitik des Putin-Systems übernahm. Diese Gesetze hat Kiew nun zurückgenommen. Wo aber bleiben ähnlich deutliche Worte an Moskau? Steinmeier muss verstehen, dass es in Deutschlands Interesse liegt, Verantwortung für die Menschenrechte in Russland oder in China zu übernehmen. Putin blockiert ernsthafte Reformen des korrupten politischen Systems, ganz gleich, ob es um unabhängige Organisationen der Zivilgesellschaft, den Rechtsstaat oder die Meinungsfreiheit geht. All dies aber ist notwendig, damit eine moderne Wirtschaft aufgebaut werden kann. Derzeit ist Russland kein dauerhaft verlässlicher Partner für deutsche Unternehmen. Auch kann es nicht im deutschen Interesse sein, dass Putin Waffen an den syrischen Diktator Assad liefert, dessen Truppen für Kriegsverbrechen verantwortlich sind.

China hat wirtschaftlich viel erreicht. Doch das Einparteiensystem, das für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist, ist gleichzeitig äusserst bestechlich. Wie viel besser wäre es für deutsche Unternehmen, wenn Geschäfte mit einem Land gemacht werden könnten, das rechtsstaatliche Regeln achtet. Auch wenn nicht Werte im Mittelpunkt stehen, sollte sich Deutschland aus eigenem Interesse mehr für die Menschenrechte einsetzen. Ohne Menschenrechte gibt es keine nachhaltige Stabilität und keinen dauerhaften Wohlstand.

Westerwelle konnte seine anfängliche Führungsschwäche nicht wieder wettmachen. Es blieb nicht genug Zeit, um eine Aussenpolitik zu verwirklichen, die Menschenrechte im Zentrum verankert. Angesichts eines schwachen Aussenministers übernahm Merkels Bundeskanzleramt viele Themen. Doch die Kanzlerin stiess auf Widerstand, als sie Putin für seine Brutalität gegen die Zivilgesellschaft kritisierte. Steinmeier bekommt nun eine zweite Chance, um zu zeigen, dass er erkannt hat, dass Menschenrechte die Basis für Frieden und Wohlstand sind. Er sollte nicht nur mit Herrschern und deren Schergen sprechen, sondern

auch mit den Menschenrechtsaktivisten weltweit, weil sie es sind, die etwas bewegen können. Einige werden vielleicht einmal die Geschichte prägen.

Steinmeier hat das Fachwissen und die notwendige Anerkennung, um ein herausragender Minister zu sein, der weiss, dass es nicht genügt, die Menschenrechte der Kanzlerin zu überlassen.

.....
Wenzel Michalski ist Deutschland-Direktor von Human Rights Watch.